

# **Im Krisenlabor – Einige Beobachtungen zum aktuellen Flüchtlingsdiskurs in Deutschland**

**Clemens Knobloch**

## **Gliederung**

[1] Drei Arten, den Themenkomplex Migration und Flucht zu beschreiben

[2] Die aktuelle „Flüchtlingskrise“

[3] Auf dem falschen Fuß erwischt

[4] Europäische Imagepolitik und moralischer Schutzschirm

[5] Die Linke (und die Rechte)

[6] Die neue Diskurskonstellation

[7] Krise und Ausnahmezustand als Normalität

[8] Literatur

## **[1] Drei Arten, den Themenkomplex Migration und Flucht zu beschreiben**

Wer das öffentliche Reden über Migration und Flucht in Deutschland über längere Zeiträume beobachtet, der findet (mindestens) drei halbwegs unterschiedliche Modelle des Herangehens, die sich in der Gegenwart mischen und überlagern:

[a] Das erste dieser Modelle kennen wir hauptsächlich aus der Arbeitsmigration der sogenannten Gastarbeiterzeit der 60er und 70er Jahre. Es ist national oder ethnozentrisch und bewegt sich medienöffentlich in Bildern der Überflutung, Überschwemmung, Überfremdung.

[b] Das zweite Modell ist direkt politisch und dreht sich in der Hauptsache um die öffentliche Ausfolgerung des Grundgesetz-Satzes: Politisch Verfolgte genießen Asyl. Die Geschichte der Auseinandersetzungen um das deutsche Asylrecht ist bekannt. Ihren letzten Höhepunkt hatte sie in den 90er Jahren während der Jugoslawienkriege, und sie endete mit der faktischen Schleifung des Asylparagrafen, was dazu geführt hat, dass seither kaum Asylbewerber als

solche anerkannt worden sind. Zum Gesamtbild gehört freilich auch, dass viele abgelehnte Asylbewerber geduldet und in prekären Aufenthaltsstatus gewissermaßen fixiert werden.

[c] Das dritte Modell ist ökonomisch und normalistisch. Auf dieser Linie geht es um Themen wie „alternde Gesellschaft“, Geburtenrate, Bevölkerungsrückgang, Fachkräftemangel, Finanzierung der Sozialsysteme. Hier wird mit Zahlen, Kurven, Daten, Prognosen (eben normalistisch) argumentiert, und die Pointe ist, dass auf dieser Linie Zuwanderung erwünscht ist, aber eben selektive, gesteuerte, am wirtschaftlichen Eigeninteresse des Landes orientierte. Der Prototyp eines solchen normalistischen Systems ist die durch ein variables Punktesystem gesetzlich geregelte Einwanderung, bei der erwünschte Merkmale (Fachausbildung, geringes Alter, vorhandener Arbeitsplatz) Punkte bringen und ab einer bestimmten Punktzahl geregelt eingewandert werden darf. Kanada hat ein solches System.

Im großen Trend der vergangenen Jahre liegt zweifellos die nachhaltige Verschiebung des Diskurses hin zur normalistischen Linie des dritten Modells (Knobloch 2013). Zweifellos hat sich in der gesellschaftlichen Wahrnehmung Arbeitsmigration (vom osteuropäischen Spargelstecher über die Pflegekraft und Altersbetreuung bis hin zu Technikern und Fachärzten) normalisiert. Bei Stichworten wie Fachkräftemangel, alternde Gesellschaft und Konkurrenz um die weltweit besten Wissenschaftler nicken (fast) alle, und auch wenn die Ideologie des „Multikulturalismus“ bei vielen als veraltet und gescheitert gilt, hat sich sichtbare ethnische Vielfalt in den Städten (vielleicht nur des Westens) weitgehend veralltäglicht.

Zugleich formiert sich aus den (potentiellen und wirklichen) Verlierern eines solchermaßen internationalisierten Arbeitsmarktes eine vergleichsweise breite neurechte Bewegung, deren semantisches Bindeglied zur Mehrheitsgesellschaft das mit dieser geteilte Feindbild des politischen und kulturellen Islam und des islamischen Terrorismus ist. Gegenüber diesen Strömungen schwankt die politisch hegemoniale Elite gewissermaßen zwischen Inklusion und Exklusion. Von „Man muss den Leuten zuhören und ihre Sorgen ernst nehmen“ bis hin zu „Pack“ ist alles zu hören, und zwar sogar von den gleichen Akteuren in kurzen Zeitabständen! Das ist ein O-Ton Sigmar Gabriel.

Dieses „Schwanken“ des offiziellen Islamdiskurses wird deutlich in der Bandbreite zwischen Sätzen wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ auf der einen Seite und der Pegida-Rhetorik auf der anderen (die ja nur darum so

erfolgreich ist, weil sie auch bei den Mitgliedern und Anhängern der anderen Parteien vertreten ist).

Vor diesem (natürlich nur in sehr groben Strichen skizzierten) Hintergrund heben sich die Besonderheiten der aktuellen „Flüchtlingskrise“ ab. Es ist leicht zu zeigen, dass sie vor allem die Ordnungs- und Gewichtsverhältnisse zwischen den drei diskursiven Modellen des Redens über Flucht und Migration verschiebt und die Sache ganz neu sortiert. Was wir beobachten, das sind vor allem die mehr oder minder tapsigen Versuche der Teilnehmer, ihren „Ort“, ihre Diskursposition, in diesem neu geordneten Gefüge zu bestimmen und zu befestigen. Und die beinahe unglücklichste Figur (ich muss es zu meinem Bedauern erklären) macht dabei die Linke. Augenblicklich werden die politischen Karten im Flüchtlingsdiskurs alle paar Tage neu gemischt. Die Lage ist augenblicklich hoch „volatil“, würde man an der Börse sagen. Studieren kann man vor allem dynamische Faktoren und Verlaufsmuster einer solchen inszenierten Krise.

Meine These ist, dass die Kanzlerin (ob mit ihrer oder ohne ihre Regierung, weiß ich nicht) in der Flüchtlingsfrage strategisch die maximale Moralposition („Wir schaffen das!“) besetzt hat, um, durch das moralische Image gedeckt, eine für die deutsche Hegemonie in Europa und für das deutsche Exportinteresse optimale langfristige Lösung für die Flucht- und Migrationsprobleme anzubahnen. Durch diesen vermeintlichen Schritt nach „links“ hin zu einer offenen Asylpolitik wird die Linke geschwächt werden und das politische Zentrum, die „Mitte“, wird sich ein weiteres Stück nach rechts verschieben.

## **[2] Die aktuelle „Flüchtlingskrise“**

Seit dem Untergang eines mit mehreren Hundert Flüchtlingen besetzten Bootes vor der italienischen Insel Lampedusa eskaliert die hoch moralisierte und moralisch leicht skandalisierbare massive Präsenz ertrunkener Bootsflüchtlinge und an Ferieninseln angeschwemmter Leichen in den Medien. Viel ist seither die Rede von einer „Schande für Europa“. Wenn wöchentlich ein paar Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, dann erregt das die Medien kaum, aber wenn es mehrere Hundert auf einmal sind, dann ist der Skandal und der Imageschaden groß. Zusehends deutlich wurde auch schon früh in der Flüchtlingskrise, dass sie zur (spieltheoretischen) Manövriermasse, zur Ressource für Konflikte zwischen den EU-Staaten und zwischen der EU und der

Türkei werden würde. Einige Zeit lang ging es in der Hauptsache darum, Flüchtlinge möglichst weit im Süden, möglichst in den Herkunftsländern oder in griechischen „hot spots“ etc. aufzuhalten, den Schleusern das Handwerk zu legen (und was dergleichen Formeln mehr sind, und die nördlichen EU-Länder gegen die „Ströme“ abzuschotten. Das freilich hätte eine EU vorausgesetzt, die gemeinsam handeln kann, und die gibt es nicht, wie sich alsbald zeigte. Jedes Land versuchte, die Ströme möglichst an den Nachbarn weiterzuleiten und sich vor der Rechtslage zu drücken, die dem ersten EU-Land, das ein Flüchtling erreicht (und in dem er registriert wird), die Verantwortung für alles weitere zuschiebt. Dieser weltweit bestaunten Demonstration der restlosen machtpolitischen Zersplitterung und Handlungsunfähigkeit der EU hat Frau Merkel mit ihrem „Wir schaffen das!“ einen (vor allem für sie selbst) ziemlich riskanten Dreh gegeben.

Denn vor dem Hintergrund einer „nationalen Renaissance“ in Nord-, Ost- und Südeuropa musste das demonstrative Bekenntnis (hier zitiere ich gerne eine höchst pathetische zustimmende Formulierung aus dem linken DISS-Journal) zu einer „unumkehrbaren Hinwendung zu globalen ethischen Verantwortlichkeiten“ (Paul 2015: 2) – so musste die Sache jedenfalls in der internationalen Medienöffentlichkeit ankommen – wie eine Bombe einschlagen. Von einem „existenziellen Signal“ ist die Rede (ebenda), und gerade die Linken können sichtlich nicht umhin, den Hut zu ziehen. Frau Merkel hat (jedenfalls im medienöffentlichen Effekt) just das getan, was linke Moralisten bisher kaum zu fordern wagten! Nämlich dem Verfassungsgrundsatz, dass politisch Verfolgte Asyl genießen, umfassend zu seinem Recht zu verhelfen – jedenfalls verbal. Und während in der Griechenlandkrise die Deutschen als brutale Vertreter ihrer nationalen Sonderinteressen als Exportweltmeister und Zuchtmeister Europas auf die Bühne gezerrt wurden, schauen sie nun eher aus wie der verlängerte Arm von *Amnesty International*. Oder anders gesagt: wie eine internationale Moralagentur, die gegen die überbordenden Nationalismen der übrigen EU-Staaten ein moralisches Gegengewicht auf die Waagschale wirft. Dass diese Diskursposition nicht ohne Reiz ist für einen ambitionierten europäischen Hegemon, versteht sich von selbst. Man stelle sich vor, Deutschland hätte stattdessen versucht, öffentlich mit den übrigen EU-Staaten auf dem Feld der nationalen Sonderinteressen zu konkurrieren, durch Abschottung, Grenzsicherung, verschärfte Kontrollen etc. Das Ergebnis hätte nur desaströs sein können. Man braucht nur an Schlagzeilen zu denken wie: *Deutschland baut 25 Jahre nach dem Fall der Mauer eine neue Mauer* – und das gegen die

europäischen Nachbarn - oder ähnlich. Das wäre zweifellos das Ende der deutschen Hegemonieansprüche in Europa gewesen. Es gibt sogar Stimmen, die behaupten, wenn Deutschland auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise die Grenzen geschlossen hätte, dann wäre es per Dominoeffekt auf der Balkanroute zu kriegerischen Handlungen zwischen Kroatien und Slowenien, zwischen Ungarn und Serbien, zwischen Griechenland und der Türkei oder zwischen Griechenland und Mazedonien gekommen (Zastrow 2015).

Und nur vor diesem Hintergrund ist es verständlich, was die Kapital- und Wirtschaftsfürsten in dieser Lage getan haben. Sie haben nämlich auf bedingungslose Unterstützung des Merkelkurses auf allen Ebenen gesetzt. An der Uni Siegen hat es keine drei Tage gedauert, bis Hochschule und örtliche Unternehmerschaft eine Erklärung auf der Homepage platziert hatten, in der es heißt, dass die Flüchtlinge eine äußerst segensreiche Wirkung auf Demographie und Fachkräftemangel in der Region Siegen-Wittgenstein haben würden. Und in den Zeitungen (d.h. den so genannte Qualitätszeitungen) dauerte es nur unerheblich länger, bis die ersten Kosten-Nutzen-Rechnungen die Runde machten, und alle mit dem gleichen Tenor: Es müssten erst ziemlich erhebliche Steuermilliarden eingesetzt werden, aber in absehbarer Zeit werde der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Sozial- und Rentenversicherung überwiegen (prototypisch Beise & Bielicki 2015, die Titelseite der SZ am 7./8. November 2016). Die „Märkte“ haben schnell erkannt, dass es sich um eine „Krise“ handelt, bei der die Chancen auf ihrer Seite und die Risiken bei Staat und Steuerzahler verortet sein würden. Selbst wenn die erwünschten „Fachkräfte“ unter den Flüchtlingen kaum zu finden sein würden, taugen auch Massen von Unqualifizierten, um den Druck auf den Arbeitsmarkt, auf den Mindestlohn, auf das Sozialsystem zu erhöhen. In der WDR5-Sendung Politikum (einem verbal aufgehübschten und flotten Stammtisch, der sich gerne ein wenig links gibt) war am 4.11.2015 zu hören, wer sich von den syrischen Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt bedroht fühle, für den sei es höchste Zeit, in das eigene Humankapital (bzw. in dessen Wertsteigerung) zu investieren. Und im WDR5-Echo des Tages konnten wir am 9.12.2015 mit einiger Verblüffung hören, die (ich zitiere!) „flüchtlingsgetriebene Mehrnachfrage“ werde zweifellos im Jahre 2016 die deutsche Konjunktur beflügeln. In den kleinen Meldungen ist dann zu lesen, dass natürlich auch die Arbeitslosigkeit 2016 steigen werde, weil natürlich nicht alle Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Insgesamt gibt man sich jedenfalls Mühe, den Gewinn herauszustreichen und die Kosten kleinzurechnen. Klar: Die Gewinne sind

privat, die Kosten öffentlich. Die Minister überschlagen sich geradezu in ihrer Bemühung, mit unbezahlten Praktika, Ein-Euro-Jobs und abgesenktem Mindestlohn der Wirtschaft die Flüchtlinge schmackhaft zu machen. Den Höhepunkt des kampagnenartigen Einsatzes der Wirtschaft für die Merkelsche Flüchtlingspolitik bildet eine ganzseitige Artikelserie in der *Süddeutschen Zeitung* vom 9./10. Januar 2016, in der – nach dem guten alten Strickmuster „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ – vier exemplarische Erfolgsgeschichten von Flüchtlingen erzählt werden, die mit Nichts nach Europa kamen, um ein „neues Leben“ zu beginnen, und die heute: eine Milliardenfirma in Frankreich leiten (Fall 1), eine erfolgreiche Ziegenkäserei betreiben (Fall 2), eine Konditorei oder einen Catering Service eröffnet haben (Fall 3 und 4).

Kurz: Im Machtdreieck von Staat, Wirtschaft und Bevölkerung schafft die „Flüchtlingskrise“ zusätzliche Machtressourcen für die Wirtschaft. Sie wird Geld und sozial- und arbeitsmarktpolitische Zugeständnisse dafür verlangen, dass sie „hilft“, die Flüchtlinge zu integrieren – wovon es abhängt, ob die Rechnung der Regierung Merkel wenigstens innenpolitisch einigermaßen aufgeht.

### **[3] Auf dem falschen Fuß erwischt**

Auf dem falschen Fuß erwischt hat die schöne neue Flüchtlingspolitik hingegen die Parteien in ihrer Mehrzahl. Die Effekte habe ich bereits angesprochen. Indem Frau Merkel sich mit „Refugees welcome“ entschlossen an die Spitze der ehemals eher linksliberalen und grün-moralischen Forderungen gestellt hat, gibt es für die solchermaßen Überrumpelten nur noch die Position der *moralischen Überbietung* der Kanzlerin (nach den Kölner Ereignissen noch weniger attraktiv als vorher!) und die des realistisch-normalistischen Bremsens (Gemeinden nicht überfordern, *hot spots*, Sicherung der EU-Außengrenzen, schnelle Abschiebung in „sichere Drittstaaten etc.). Wie weit die Verunsicherung etwa der SPD geht, belegt eine Momentaufnahme von Ende Januar 2016. Da lesen wir am gleichen Tage in den Zeitungen, dass die SPD-Spitze ein paar Ruhrgebietsortsvereine davon abhalten muss, eine Demonstration gegen Merkels Flüchtlingspolitik unter dem Motto „Genug ist Genug“ abzuhalten, das man wortgleich auch aus der AfD hört. Und dass die SPD in Rheinland Pfalz beschlossen hat, ihren Landtagswahlkampf vor allem gegen die AfD zu führen.

Boris Palmer, Grüner Bürgermeister in Tübingen, hat medienwirksam versucht, die CDU Merkels zu bremsen und vor einer Überforderung der Gemeinden gewarnt. Verkehrte Welt? Oder kluge Vorbereitung der kommenden schwarz-grünen Regierungsbündnisse!

Die CSU, der Merkelpolitik von jeher ebenso lästig wie nützlich, darf in Bayern nach dem Motto, dass rechts von der CSU nur noch die Wand ist) keinerlei national konservativen Raum für die AfD freigeben. Deren mögliche Positionen muss sie um beinahe jeden Preis selbst besetzt halten. Also muss sie diskursiv auf maximale Distanz zur CDU gehen, kann aber keinen Bruch riskieren, weil sie sonst zur Regionalpartei mutieren und ihren Bundeseinfluss verlieren würde.

Die rechtspopulistischen Gruppierungen des Typs AfD hingegen können ihr Glück noch gar nicht fassen. Für sie ist die von Frau Merkel bezogene Position das reinste Konjunkturprogramm. Es könnte allerdings sein, dass auch sie sich verrechnen und der warme Regen, der auf ihren politischen Anbauflächen niedergeht, am Ende doch nicht ihre Pflanzen wachsen lässt.

Was die mediale Verlaufsdynamik der Flüchtlingskrise betrifft (soweit sie sich im Februar 2016 bereits überblicken lässt), so war anfänglich zu beobachten, dass die überwiegend aufgeklärt-liberalen Journalisten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen das *refugees welcome*-Programm offensiv propagiert haben. Hypermoralisierung erschwert öffentlichen Dissens, und mancher besorgte Kommunalpolitiker, der sich auf die Flüchtlinge weder vorbereitet noch dafür hinreichend finanziert fand, fand sich stattdessen in eine rechte Ecke gerückt. Wer in einer moralisierten Lage buchhalterisch reagiert, der riskiert, zu den Bösen, zu den unmoralischen Bedenkenträgern, gerechnet zu werden. Aber eine solche Stimmung lässt sich nur kurzzeitig aufrecht erhalten, und inzwischen ist die „zivilgesellschaftliche“ Helfereuphorie abgeflacht und die tatsächlich betroffenen Verwaltungsorgane haben ihre Kräfte gesammelt und Handlungsfähigkeit hergestellt. Der Innenminister, den Merkel zunächst entmachtet und kaltgestellt zu haben schien, ist inzwischen wieder mächtig präsent. Und seine Rolle wird erwartbar an Bedeutung zunehmen, wenn der „Rückschlag“ ansteht, der das moralische Programm *refugees welcome* auf entweder europäische oder nationale Interessen zurückstutzt.

#### **[4] Europäische Imagepolitik und moralischer Schutzschirm**

Wollte man die Dinge auf eine sehr kurze Kurzformel bringen, dann könnte man sagen: In der Griechenlandkrise hat die deutsche Regierung vorgeführt, wie man europäische Hegemonie in der Rolle der eisernen Lady, mit harter Hand administriert. In der Flüchtlingskrise zeigt sie nunmehr, dass man auch den Mutter-Theresa-Komplex durchaus für machtsteigernde Effekte einsetzen kann. Mit der demonstrativen „Willkommenskultur“, mit der sehr erfolgreichen Aktivierung der sogenannten „Zivilgesellschaft“, die in der Organisation und Betreuung der Flüchtlinge die öffentlichen Stellen entlastet *und* zugleich den Staat legitimiert und moralisch adelt, mit der Initiierung einer medienöffentlichen Stimmung, die jede Form von Opposition als national und eigensüchtig erscheinen lässt, schafft sie ein Klima, das die deutsche Hegemonie in Europa auch moralisch zu unterfüttern geeignet ist.

Wissen muss man freilich in diesem Zusammenhang auch, was die deutschen Medien erstaunlich selten berichten (oder gar kommentieren): dass dem demonstrativ radikalen Schwenk der deutschen Flüchtlingspolitik ins Moralische der faktische Zusammenbruch der geltenden europäischen Rechtsordnung in dieser Sache vorausgegangen ist. Die nämlich sieht vor, dass der zuerst von einem Flüchtling betretene EU-Staat fortan juristisch zuständig ist. D.h. jeder weitergereiste Flüchtling kann aus Deutschland, Frankreich, Schweden etc. an das EU-Land (oder „sichere Drittland“) zurückgereicht werden, das er zuerst betreten hat. Einsichtigerweise (die wenigsten Flüchtlinge kommen per Flieger!) lädt diese Dublin-Regelung die Last der Flüchtlinge den Ländern an den EU-Außengrenzen, an der Peripherie, auf. Den Schwachen also. In diesem Falle: den EU-Ländern an der südlichen Peripherie, also Griechenland, Italien, Spanien (um die größeren zu nennen). Es versteht sich, dass diese Regelung ein hegemonialer Coup der starken zentraleuropäischen Nationen gegenüber der EU-Peripherie ist. Die Regelung ist zutiefst ungerecht. Man hat wahrscheinlich nicht vorhergesehen, dass sie vor dem Hintergrund des (euphemistisch als „Staatszerfall“ bezeichneten) nordafrikanisch-nahöstlichen Szenarios einmal vitale Bedeutung gewinnen könnte. Systematische „Staatszerstörung“ von außen würde die Lage deutlich besser treffen. Von Afghanistan über den Irak bis hin zu Libyen und Syrien betreibt der Westen die Zerstörung staatlicher Ordnungen im Nahen Osten mit nachgerade spielerischer Nonchalance. Und die Bewohner der südeuropäischen EU-Staaten dürften sich mit einigem Recht fragen, warum ausgerechnet *sie* den Preis für diese Politik zu zahlen haben.



Jedenfalls war mit der Masse der Flüchtlinge ab Sommer 2015 klar, dass die ohnehin durch die Finanzkrise bis zum Zerreißen strapazierte südliche Peripherie der EU in die Luft fliegen würde, wenn man ihr (ganz rechtmäßig!) die nahöstlichen Kriegsflüchtlinge *en masse* zuschieben würde. Hätte Deutschland als wirkliche oder prospektive europäische Hegemonialmacht also auf dem geltenden Recht beharrt (das wäre die Eiserne-Lady-Variante gewesen!), dann hätte es zugleich jede Aussicht auf eine ersprießliche EU-Hegemonie zerstört und den ohnehin anstehenden EU-Zerfall beschleunigt. Kurz: Die Wendung ins Moralisch-Universalistische Genre („Wir schaffen das“) war der einzige rationale Ausweg. Und es ehrt die Merkel-Regierung (von der „Großen Koalition“ mag man ja gar nicht sprechen, weil die SPD an all dem ziemlich unbeteiligt und auf dem falschen Fuß erwischt wirkt), dass sie ihn gewählt und den nationalkonservativen CDU-Eliten den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Die freilich denken an ihre Pfründen und an ihre Wiederwahl. Dass die deutsche Hegemonie in Europa nur über postnational-universalistische Wertfassaden erworben werden kann, ist ihnen (und vor allem ihren Wählern) viel zu hoch.

## **[5] Die Linke**

Am 4. Januar 2016 macht sich ein Kommentator im WDR 5 (er ist sicher nicht der einzige!) darüber lustig, dass Bernd Riexinger von den Linken die CDU-Bundeskanzlerin Merkel politisch verteidigen muss in der Flüchtlingsfrage (keine Obergrenze, keine militärisch gesicherten Grenzzäune etc.), und zwar sowohl gegen die Angriffe der CSU als auch gegen die SPD. Das ist natürlich eine Folge der strategischen Besetzung der moralisch „guten“ Position durch die Kanzlerin. Diese strategische Besetzung nämlich lässt den anderen politischen Akteuren (und besonders der Opposition) keine andere Wahl, als entweder die der moralischen Radikalisierung und Überbietung oder aber den Übertritt in das Lager der moralisch „Bösen“, der Bedenkenträger, der Rechten. Jedenfalls dann nicht, wenn der öffentliche Diskurs moralisch läuft, und das tut er zweifellos.

Kanzlerin Merkel hat nicht nur Linke und Grüne durch ihren Moralischen Coup semantisch enteignet und entartikulierte, sie hat auch sinnfällig vorgeführt, dass die Linke in der politischen Öffentlichkeit einzig und allein über moralische Ressourcen verfügt. Und wenn man ihr die wegnimmt, dann hat sie gar keine Ressourcen mehr!

Betrachten wir diese Konstellation etwas genauer. Sie wird ja gerade erst sichtbar in dem Maße, wie der moralische Nebel sich lichtet. Das vertrackte an der jetzt entstandenen Lage ist ja, dass die große Koalition (bzw. Merkel für die große Koalition!) im Schutz der moralischen Maximalfassade (keine Obergrenzen, keine militärisch gesicherten Grenzzäune) genau das durchsetzen wird, was die Opposition von rechts wie von links jetzt zu fordern gezwungen ist: eine rationale und berechenbare, kurz: eine normalistische Migrationspolitik, geschützt durch ein flankierendes Instrumentarium, das die Zahl der „sicheren Drittstaaten“ vermehrt (bis hin zu Afghanistan, von dem wir beinahe täglich in der Zeitung lesen, dass die Taliban zwei Drittel des Landes kontrollieren und von „Sicherheit“ keine Rede sein kann), das rasche Abschiebung (mit öffentlicher Zustimmung!) erleichtert, das wesentliche Teile des Verfahrens an die europäische Peripherie verlegt – und das durch sein moralisches Image die anderen EU-Länder viel nachhaltiger bindet als ein Oktroi wie gegenüber Griechenland.

Strategisch wird sie am Ende das durchsetzen, was die eher konservativen Kräfte in der CDU (und vor allem in der CSU) fordern, aber sie wird den Anschein erweckt haben, als habe sie tapfer und hartnäckig für die moralisch gute, für die universalistische Position, für eine EU-weite solidarische Regelung gekämpft. Das ist die Voraussetzung dafür, innerhalb der EU weiter Führungsanspruch anmelden zu können. Unmöglich wäre das gewesen, wenn Deutschland gleich die Grenzen geschlossen oder die EU-Rechtsgrundlage verlassen hätte. Es ist ja nichts absurder, als Merkel dafür EU-Rechtsbruch vorzuwerfen, dass sie die nach Deutschland strebenden Flüchtlinge nicht in das EU-Land zurückgeschoben hat, das sie zuerst betreten haben. Das nämlich hätte die EU sofort in die Luft gejagt. Hätte sich Deutschland von vornherein symbolisch „national“ verhalten und in die Reihe von Frankreich, Italien, Polen, Ungarn, Schweden... eingereiht, dann wäre der Hegemonietraum ausgeträumt.

Nicht ist also naiver, als der Merkel-Regierung moralische Naivität in der Flüchtlingskrise zu unterstellen (wie es die neurechte Intelligenz tut, etwa Rüdiger Safranski im jüngsten Heft von *Tumult*; vgl. Steinfeld 2016). Aber das liegt daran, dass die deutsche Neurechte von der *WELT* bis zur *Jungen Freiheit* nichts anderes gelernt hat als über die Moralheuchelei der liberalen Medienkultur zu schimpfen oder zu spotten. In massendemokratischer Machtpolitik ist das moralische Image ein Mittel, das natürlich versagen kann. Aber es wird in der Regel rational und strategisch eingesetzt. Als Quasi Exportweltmeister einer globalen Ökonomie und als europäischer Hegemon

kann sich Deutschland, kann sich vor allem das deutsche Kapital kein völkisch-exklusives, kein regressives Image in der Welt leisten. Es bleibt ihm eigentlich gar nichts übrig, als Diversität, Offenheit und Universalismus zu *demonstrieren* – was ja immer noch etwas anderes ist, als solche Werte auch zu *verkörpern* und zu *leben*. Jedenfalls wird all das den Eindruck erzeugen, dass die zweifellos weitgehenden (wirtschaftsrationalen) Beschränkungen der Einwanderung ein „notwendiger Kompromiss“ zwischen dem moralischen Maximalismus Merkels und den begrenzenden Gegenkräften in Deutschland und Europa sind. Das in der Krise erworbene moralische Image dagegen wird erhalten bleiben. Ob es für die Wiederwahl 2017 reicht und ob es den mehr als offenkundigen Zerfall der EU verlangsamen kann, wird sich zeigen.

Und man darf sich getrost fragen, warum die Linke sich nicht traut, in dieser Sache die „politische Klasse“ frontal anzugreifen. Man bräuchte dazu eigentlich nur die ständig länger werdende Liste der Länder vor sich her zu tragen, aus denen die Flüchtlinge kommen:

Syrien, Irak, Afghanistan, Libyen, Jemen, Kosovo, Bosnien...

Es sind ja allesamt islamische Länder, in denen der Westen seit Jahrzehnten Krieg führt oder seine diversen Statthalter Krieg führen lässt, in denen Bomben, Drohnenangriffe, Bodentruppen, konkurrierende Milizen ein Chaos sondergleichen angerichtet haben, und zwar aus ganz kühlen geopolitischen Interessen. Dass der Westen die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens strategisch betreibt, wäre noch ein Euphemismus. Man muss Saddam Hussein, Gaddafi, Assad nicht schätzen, aber ist ihnen nicht durchweg gelungen, was der Westen angeblich anstrebt? Ein einigermaßen friedliches Zusammenleben von Sunniten, Schiiten und Christen?

Und ist es nicht bis hin zur jüngsten „Reintegration“ des Iran in den Welthandel immer noch das gleiche Muster? Wenn die Schiiten zu stark werden, rüstet der Westen die Sunniten auf und *vice versa*. Solange die beiden Religionsgruppen sich bis aufs Messer bekämpfen, ist die westliche Welt in Ordnung.

Seitdem der Westen Saddam Husseins Irak aufgerüstet und in den mörderischen Krieg gegen Chomeinis Iran getrieben hat, also seit beiläufig 36 Jahren, heizt und kontiniert der Westen die kriegerischen Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten im Nahen und Mittleren Osten. Dafür sind ihm fast alle Mittel und fast alle Allianzen recht. Auch als Gewaltexporteur sind die kapitalistischen Metropolen Weltmeister, nicht nur als Waffenexporteur. Vor dem Hintergrund

der desaströsen US-amerikanischen Niederlage in Vietnam und ganz Südostasien hat Hannah Arendt in ihrem letzten großen Essay zur 200-Jahrfeier der Amerikanischen Revolution vorhergesagt, die erfolglos exportierte imperiale Gewalt habe die unwiderstehliche Neigung zum Brüten dahin zurückzukehren, von wo sie ausgegangen ist („home to roost“). Was wir so bequem als „islamischen Terror“ kodieren, das sieht einer solchen „Rückkehr zum Brüten“ verdammt ähnlich.

Was schließlich die Rechte betrifft, in Deutschland wie in Europa, so sind Charme und Risiko der Merkelschen Flüchtlingspolitik ein und dasselbe: Die national konservative Rechte kommt aus ihren Löchern, sie wittert Morgenluft und sucht zu profitieren von archaisch ethnischen und auch von modernen Ängsten in der Mehrheitsbevölkerung. Frau LePen macht es vor und die AfD macht es nach (bei allen Unterschieden im Detail). Der Schwung, den die deutsche Flüchtlingspolitik der europäischen Rechten verleiht, kann die Regierung Merkel durchaus wegfeigen. Aber das gehört zu einer politischen Entscheidung, dass man niemals genau weiß, ob man die Folgen in der Hand behalten wird. In *diesem* Falle ist an der breiten und konsequenten Unterstützung der deutschen Wirtschaft für den Merkelkurs abzulesen, dass die Wirtschaftselite weiß, was die Stunde geschlagen hat. Wenn die anderen wirtschaftsstarken EU-Länder aus populistischen Gründen auf den „nationalen“ Kurs einschwenken, dann erhält die deutsche Hegemonie automatisch eine gehörige Portion internationaler moralischer Legitimation. Der Zeitpunkt dafür, alles auf eine Karte zu setzen, ist günstig gewählt. Die deutsche Wirtschaft boomt, Merkel ist auf dem Zenith der Macht. Wann, wenn nicht jetzt? Es liegt „voll im Trend“ der neoliberalen Führungsmächte, ein liberal-universalistisches Image zu besetzen. Ein Blick in die USA mit ihren populistischen Fundamentalismen, ihrem Nationalismus, ihrer hoch aggressiven Kriegs- und Außenpolitik, genügt, um deutlich zu machen, dass es eine symbolpolitische „Nische“ für einen „guten“ europäischen Hegemon gibt. Der freilich müsste, um eine Chance zu haben, den nah- und mittelöstlichen Hinterhof einigermaßen befrieden (oder jedenfalls machtpolitisch neutralisieren) können – und danach sieht es nicht eben aus. Zumal wenn man sich am Ärmel in jeden neuen Krieg von Mali bis Syrien hineinziehen lässt.

## [6] Die neue Diskurskonstellation

Wie brüchig und unstabil politische Gruppenmoralisierungen auch in der Flüchtlingsdebatte sind, das hat sich mittlerweile gezeigt: an den Ereignissen in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof und in anderen Städten. Weil Verantwortliche wie der Kölner Polizeipräsident ein lebhaftes Interesse daran hatten, öffentlich das „gute“ und „nützliche“ Image der syrischen und der anderen arabischen Flüchtlinge an der Öffentlichkeit zu wahren und in der Hauptsache natürlich auch: um nicht selbst für die Rechte naiv, hilflos und blauäugig da zu stehen, haben die beiden (zufällig?) sozialdemokratischen Polizeihäuptlinge in Köln und Hamburg tagelang versucht, die skandalösen Ereignisse der Silvesternacht zu vertuschen. Für die Rechte kommen offenbar organisierte Massenangriffe auf und sexuelle Belästigung von Frauen natürlich wie gerufen, sie haben es schließlich schon immer gesagt, dass es da massive kulturelle Unverträglichkeiten gibt. Man muss nur studieren, wie sich die Kommentare über „Willkommenskultur“ täglich verändern, seit die Ereignisse der Silvesternacht (so scheinbarweise, wie wir das von allen Skandalen gewöhnt sind) an die Öffentlichkeit gelangen. Sexuelle bzw. sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen, die dazu noch als kollektiv organisiert wahrgenommen wird, dürfte so ziemlich das sicherste Instrument für die Herstellung einer „Wir gegen die anderen“-Konstellation sein, halten sich doch die Staaten der ersten und obersten Normalitätsklasse (ganz zu Unrecht übrigens) viel zugute auf ihre individuelle sexuelle Selbstbestimmung. Diese Sphäre ist so hoch moralisiert, dass man nach „Erklärungen“ kaum zu fragen wagt, weil sie immer schon so aussehen, als äußere man „Verständnis“ für die Vorfälle.

Aber vorhersagbar war diese Wendung der Dinge gleich in mehreren Hinsichten:

[a] Weil die hypertrophe „Willkommenskultur“ und die „Wir-schaffen-das-Euphorie“ von Anfang an nur eine Imagefassade waren, hinter der sich faktische Verschärfungen des Asylrechts und wirtschaftskompatible Einwanderungsregeln gut geschützt veranstalten und moralisch legitimiert durchsetzen lassen.

[b] Weil auch die CDU Gegenwirkungen, Skandale und Störungen des Integrationsprozesses braucht, um – flankiert von der umkippenden öffentlichen Stimmung – diese Verschärfungen in Angriff nehmen zu können.

[c] Weil das öffentliche moralische Umschminken von Problem- auf Heldengruppen (und zurück) in der Nahostpolitik der Bundesregierung bereits mehrfach vorexerziert worden ist: bei den Kurden, die von Terroristen zu

Freiheitskämpfern (gegen den IS) umgekleidet worden sind – bevor sie der Verbündete Erdogan ziemlich ruppig wieder in Terroristen rückverwandelt hat (in einer Aktion Erdogans, die man, wenn das Ganze in Syrien stattgefunden hätte, getrost als „Krieg gegen das eigene Volk“ bezeichnen dürfte). Wenige Wochen, nachdem man die irakischen Peschmerga-Kurden zu Helden im Kampf gegen den IS ausgerufen, ausgebildet und aufgerüstet hat, verliert man kein Wort über den türkischen Staatskrieg gegen die türkischen Kurden

Und, um ein weniger prominentes Beispiel zu nennen, bei der Volks- und Religionsgruppe der Jesiden, denen der IS ebenfalls nachstellt, die aber in den deutschen Medien bisher eher für Ehrenmorde, Frauenentrechtung und Blutrache bekannt war.

Allenthalben, im Inland wie im Ausland, ist zu beobachten, dass die universalistisch moralisierte deutsche Flüchtlingspolitik die nationalkonservativen Bewegungen aus ihren Löchern treibt und ihnen neue Anhänger zuführt. Kein Zweifel: die Regierung Merkel pokert hoch in dieser Sache. Im Augenblick (wir schreiben den 17. Januar 2016) sieht es nach den „Ereignissen in der Silversternacht“ (nicht nur in Köln), die ja für die Rechte wie bestellt kamen, so aus, als könnte zwar der Coup gegenüber der SPD, den Grünen und der Linken geglückt sein, als könnte sich aber die „Mitnahme“ des eigenen politischen Lagers als einigermaßen schwierig erweisen. Für die CDU gibt es ein handgreifliches *double-bind*, das in dem (in der SZ vom 16./17. Januar 2016 abgedruckte) Schäuble-Interview zugleich auf- und wieder zugedeckt wird: Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die national-konservativen Kräfte wieder ins Boot zu holen, bedrohen zugleich aufs äußerste den deutschen Anspruch auf politische Hegemonie in der Flüchtlingskrise. Der nämlich fände ein abruptes Ende, wenn Deutschland sich bei Polen, Ungarn und den anderen nationalpopulistischen EU-Staaten einordnen würde – mit ziemlich fatalen Folgen für die gesamte EU.

Und was naheliegt, auf den ersten Blick aber dennoch etwas unbegreiflich wirkt, ist: Dass wenn die Spitze einer konservativen Regierung demonstrativ einen großen Schritt nach „links“, hin zu einem moralisch-liberalen Image tut, dass das einerseits die Linke handgreiflich schwächt, andererseits das politische Spektrum so verschiebt, dass am Ende die „neue Mitte“ wieder *ein Stückchen weiter rechts* sein wird als vorher. Nur das Image der alten Regierung wird (wenn alles gut geht im Sinne der Merkelstrategen) trotzdem *ein Stückchen weiter links* sein. Mit dem Gesamtergebnis, dass die CDU ein größeres Stück

des politischen Spektrums abdeckt (und ihre Konkurrenten ein entsprechend kleineres).

## **[7] Krise und Ausnahmezustand als Normalität**

Von Milton Friedman, dem Wortführer den neoliberalen Fundamentalismus in Chicago, wird die Empfehlung kolportiert: „Willst du eine Veränderung bewirken, dann löse eine Krise aus!“ (Unsichtbares Komitee 2015: 17). Gleich, wohin wir schauen, ob es sich um Klima, Griechenland, Ressourcen, Zinsen, Finanzmärkte, den Nahen Osten, die Flüchtlinge oder was auch immer handelt, überall sagen uns Medien und Politiker, dass wir entweder von Krisen und Denormalisierung bedroht oder bereits mitten in der Krise sind. Uralt ist die politische Erkenntnis, dass Not- und Ausnahmezustände staatliche Machthandlungen erfordern und legitimieren, die durch Verfassung und Gesetz nicht gedeckt sind. Jeder Ausnahmezustand erweitert zunächst den Handlungsspielraum der Macht. Vor diesem Hintergrund macht sich der Eindruck breit, dass die neoliberalen Machteliten am „Krisenmodus“ des Regierens zusehends Gefallen finden und ihn bei Änderungs- und Handlungsbedarf auch bewusst auslösen und einsetzen. Es sind nicht die schlechtesten Beobachter, die zu sehen glauben, dass sich das klassische Krisen- und Ausnahmedispositiv der Politik radikal gewandelt habe:

Das Mittel hat nicht mehr den Zweck, die Krise zu beenden. Die Krise wird im Gegenteil ausgelöst, um das Mittel einzusetzen. (Unsichtbares Komitee 2015: 18)

Ob die gegenwärtige „Flüchtlingskrise“ in diesem Sinne strategisch ausgelöst wurde oder ob es vor dem Hintergrund der drohenden europäischen Desintegration auf der „Balkanroute“ für den europäischen Hegemon gar keine Alternative gab, muss hier offen bleiben. Das diskursiv für die Merkelregierung im Augenblick gefährlichste und heikelste Motiv ist der Vorwurf, sie habe die Kontrolle über die Grenzen, über die Einwanderung, über die Flüchtlinge vollständig verloren. Die Kölner Ereignisse, Meldungen über Personen, die mit 5 oder 6 verschiedenen Identitäten als Flüchtlinge registriert sind (bzw. gar nicht registriert sind), wachsende Berge unbearbeiteter Asylanträge, der Eindruck, die Regierung könne die Zahl der ins Land kommenden Flüchtlinge gar nicht begrenzen, selbst wenn sie das wolle, spielen der Rechten in die Hände. Frauke Petrys Schießbefehl-Coup hat den Mechanismus (bei aller demonstrativen

Empörung und Distanzierung, selbst aus der AfD heraus) geschickt vorgeführt: Dass ein Staat seine Außengrenzen notfalls mit Waffengewalt schützen muss, ist die selbstverständlich bestehende Rechtslage. Das ist geradezu die Definition eines Staates bzw. des staatlichen Gewaltmonopols, und so haben es dann die Freunde der Rechten mit gespielter naivem Augenaufschlag auch verkündet (vgl. etwa die SZ-Leserbriefe vom 2.2.2016, Kommentare bei Bisky 2016, Müller 2016). Und wer im Fernsehen die Bilder von den Grenzzäunen in Ungarn, in Slowenien, in Mazedonien und anderswo gesehen hat, der weiß auch, dass man eine Million Flüchtlinge nur unter massiver Gewaltanwendung daran hindern kann, eine Grenze zu überschreiten. Kein Wunder, dass die Bundesregierung diese „bewaffnete Grenze“ lieber in der Türkei, in Nordafrika oder notfalls in Griechenland haben möchte als in Kufstein. Kein Wunder aber auch, dass die Mittelmeeranrainer nicht begeistert darüber sind, dass sie die Drecksarbeit für die wohlhabenden Nordländer verrichten sollen.

In dieser Konstellation werden auch die Blühträume von einer nach Normalitätsklassen gestuften EU weiter gedeihen, die von Herfried Münkler (und anderen) neuerdings zirkuliert werden: Danach soll es einen kleinen, wirtschaftlich und politisch hoch integrierten Kern Europas geben, umschlossen von Hinterhofstaaten mit weniger Rechten und Pflichten und nahtlos übergehend in eine bürgerkriegsnahe Peripherie mit niedriger Normalitätsklasse, in welche man Konflikte auslagern und abschieben kann (vgl. Link 2015). Nach einem solchen „Umbau“ der EU hätten die Kernländer (allen voran Deutschland) die Möglichkeit, an der Peripherie den Notstand zu verhängen. In den Überlegungen, wonach Frontex die EU-Außengrenzen notfalls auch ohne die Zustimmung der Mittelmeerländer „schützen“ soll, klingt das bereits ganz konkret an.

Geblichen ist in der Öffentlichkeit der Eindruck von Hilflosigkeit und Kontrollverlust. Und darauf hacken AfD und Pegida (sowie die CSU) mit wachsender öffentlicher Zustimmung herum.

Und wenn die Regierung nicht in dieses wachsende schwarze Loch fallen will, wird sie spätestens im Frühjahr (falls es auch dann in der EU noch keinen tragfähigen Konsens über die „gemeinsame“ Sicherung der EU-Außengrenzen, über die europaweite Verteilung der Flüchtlinge, über die Politik gegenüber den Transitländern Türkei, Libyen etc. geben sollte) „ihren“ nationalen Schwenk vornehmen, bei dem sie sich an die Spitze des wachsenden Unmutes setzt und versucht, die Luft aus AfD und Pegida herauszulassen (und sich selbst damit



aufzupumpen). Es gehört nicht allzu viel politische Phantasie zu der Vorhersage, dass es dann zu einer „marktkonformen“ Normalisierung der Einwanderung nach den wirtschaftlichen Interessen (und zu weiteren Beschränkungen des politischen Asyls) kommen wird. Und ebenso natürlich auch zu einer konsequenten und rabiaten „Auslagerung“ des Problems an die Außengrenzen der EU.

Die augenblicklich (Februar 2016) fast völlig aus der Medienöffentlichkeit verschwundenen gehäuften rechtsradikalen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (zuletzt mit einer Handgranate) werden dann benutzt werden, um die rechte Bewegung zu spalten: in einen kriminellen Teil, gegenüber dem die Regierung die Ordnung wiederherstellt, und einen in die (dann nach rechts verschobene) Mitte rückholbaren Teil.

### **Postskript (12. Februar 2016)**

Wer wissen will, wie es weitergeht, der musste eigentlich nur die Diskussion zwischen Journalisten, Kommunalpolitikern und Wirtschaftsvertretern anhören, die WDR5-Rundfunk am 12. Februar nach 20.05 Uhr gesendet hat.

Da jammerten und zankten die Vertreter der Kommunen über die versprochene Zuweisung von 10.000 Euro pro Jahr und Flüchtling, die, wenn man nicht aufpasst in 2016 und 2017, ohne weiteres auf 5000,- Euro schrumpfen kann. Die Journalisten versuchten, den für die Bevölkerung höchst greifbaren sozialen Widerspruch semantisch zu überbrücken: Was geschieht mit Sport-, Jugend-, Sozialarbeit in den Kommunen, wenn die Flüchtlinge alle Ressourcen der Kommunalpolitik aufzehren? Die Journalisten sagten dann: Sport-, Jugend- und Sozialarbeit sollte man nicht der Flüchtlingsarbeit entgegensetzen, das sei vielmehr gerade das Feld der Integration! Sport-, Jugend- und Sozialarbeit MIT Flüchtlingen UND Eingeborenen sei die Devise. Nur die Wirtschaftsvertreter, die sprangen gleich auf den Demographie- und Facharbeitermangeldiskurs auf und sagten: Die Möglichkeiten sind toll, aber wir machen alles falsch! Wer wird einen Flüchtling in die Lehre nehmen, dessen Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist und der vielleicht nach zwei Jahren wieder gehen muss? Wer wird jemanden ausbilden oder einstellen, in seine Qualifizierung investieren, wenn Zeiträume länger als zwei, drei Jahre von der Politik her nicht überschaut werden können? Warum Sprachkurse ohne langfristige Bleibeperspektive? Tatsächlich seien 80% der syrischen, irakischen Mittelschichtflüchtlinge weder sprachlich noch fachlich in der Lage, beruflich qualifizierte Positionen auszufüllen, und damit es sich für die Wirtschaft lohne, in sie zu investieren,

müsse ein dauerhafter Aufenthaltsstatus klar sein. Unqualifizierte Arbeit gebe es für sie ohnehin nicht. Jeder, der Ohren hatte zu hören, konnte die Signale verstehen. Sie lauten: Die wirtschaftliche Perspektive des Flüchtlings auf Integration den Arbeitsmarkt muss den rechtlich-politischen Aufenthaltsstatus bestimmen. Wen WIR (die Wirtschaft) einstellen, der darf von der Politik nicht wieder abgeschoben werden. Was im Gegenzug heißt: Die anderen kümmern uns nicht. Und das ist nicht bloß der erste, sondern der alles entscheidende Schritt für die Umwandlung des politisch-moralischen Asyls in eine Frage der wirtschaftlichen Opportunität des „Gastlandes“. Der Beifall des Publikums für DIESE Position war beträchtlich. Bei den Journalisten und Kommunalpolitikern wurde nur sehr spärlich geklatscht. Das ist die Richtung, in die der Zug fährt, und intelligente Politiker haben das von Anfang an gewusst, dass er NUR in diese Richtung fahren kann.

## [8] Literatur

Beise, Marc & Bielicki, Jan (2015): „Flüchtlinge: Das Kosten-Nutzen-Kalkül“. In: *SZ* vom 7./8. November 2015. S. 1

Bisky, Jens (2016): „Endlich Notstand!“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 3. Februar 2016. S. 9.

Knobloch, Clemens (2013): „Migration und Demographie“. In: Lars Koch (Hg.): *Angst. Ein internationales Handbuch*. Stuttgart: Metzler. S. 351-358.

Knobloch, Clemens (2015): „Moralisierung in der öffentlichen Kommunikation“. In: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik (LiLi)*, Heft 177, Jahrgang 45/2015. S. 167-184.

Link, Jürgen (2015): „Herfried Münkler erklärt das Wesen des Germropa-Putsches gegen Griechenland: Denormalisierung und Herabstufung in eine niedrige Normalitätsklasse“. In: *kultuRRevolution* 2/2015 (Nr. 69). S. 56-58.

Müller, Lothar (2016): „Mäßigung unter Verdacht“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 3. Februar 2016. S. 9.

Paul, Jobst (2015): „Lebenlassen oder Sterbenlassen? Die Flüchtlingskrise zwingt die politische Klasse in Deutschland zur Offenlegung ihrer Wertgrundlagen.“ In: *DISS-Journal* 30/2015. S. 2-4.

Steinfeld, Thomas (2016): „Von Kindern und Männern“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 15. Januar 2016.

Unsichtbares Komitee (2015): *An unsere Freunde*. Hamburg: Edition Nautilus.

Zastrow, Volker (2015): „Mehr nicht“. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 10. Januar 2016.